

UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**

Nummer 2 · 28. Februar 2007 · www.cducusu.eu

UiE-Newsletter

HANS-GERT PÖTTERING:

Menschenwürde ist Kern der europäischen Werte

Hans-Gert Pöttering (CDU) forderte in seiner feierlichen Antrittsrede als Parlamentspräsident, den Dialog der Kulturen zum Markenzeichen Europas zu machen. Außerdem will der Parlamentspräsident die Reformen der EU und die Achtung der Menschenwürde als zentralen europäischen Wert in den Mittelpunkt seines Mandats stellen.

Hans-Gert Pöttering nannte in seiner Rede, der auch Bundeskanzlerin Merkel und Kommissionspräsident Barroso beiwohnten, die Überwindung der Teilung Europas das „Wunder unserer Generation. Wir haben allen Anlass, uns darüber von Herzen zu freuen“.

Auch könnten die Europäer stolz darauf sein, was „sie sich in Jahrhunderten an Werten erkämpft haben. Es war ein langer Weg.“ Kern der europäischen Werte sei die Würde des Menschen, die auch Grundlage des praktischen politischen Handelns sein müsse, um eine „Ordnung der Verantwortung und Solidarität zu bauen“.

Menschenrechte und Menschenwürde in der ganzen Welt zu verteidigen, sei für das Parlament keine „abstrakte Forderung“, so Pöttering, sondern habe konkrete politische Folgen. Pöttering nannte in die-



sem Zusammenhang die Ablehnung des Gefangenenlagers Guantanamo, die Forderung nach der Aufklärung des Mordes an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, die Auszeichnung von Alexander Milinkewitsch mit dem

Sacharow-Preis und die Ablehnung der Todesstrafe durch das Europaparlament.

In der Reaktion auf Pötterings Rede appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Abgeordneten „bei aller konkreten parlamentarischen Arbeit,

den Blick auf das Ganze nicht zu verlieren“: „Es geht um Friedenssicherung, es geht um Solidarität innerhalb dieser Europäischen Union und es geht um Wohlstand und soziale Sicherheit in einer globalen Welt, in der der Wettbewerb für uns alle sehr viel härter geworden ist“.

Vollständige Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel unter:
www.cducusu.eu/content/view/2561/32

WEITER →

Vollständige Rede von Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering unter:
www.cducusu.eu/content/view/2562/32

WEITER →

EU-Bürokratieabbau: Neues Legislativverfahren für die EU gefordert

Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Markus Ferber**, hat die Vorschläge von EU-Kommissar Günter Verheugen zum Bürokratieabbau als „nicht weitgehend genug“ kritisiert. Ferber warnte vor einem „Stau beim Bürokratieabbau“: „Die Maßnahmen zum Bürokratieabbau kommen nur schleppend voran. Die bisher erfolgten Ankündigungen haben bisher keine nennenswerten Ergebnisse gebracht“. Um den Bürokratieabbau auf europäischer Ebene zu beschleunigen forderte Ferber die Einführung eines neuen Legislativverfahrens auf EU-Ebene. Nötig sei ein Verfahren, mit dem das Europäische Parlament die EU-Kommission verpflichten kann, Maßnahmen zum Bürokratieabbau vorzulegen. Bisher kann das Parlament die EU-Kommission nicht dazu zwingen, einen Vorschlag zur Streichung von Gesetzen vorzulegen. „Das Europäische Parlament muss das Recht haben, eine verbindliche Streichliste für nicht mehr benötigte Gesetzestexte zu erarbeiten. Der bisherige Prozess dauert zu lange.“ Mit einer aktiven Rolle des Europäischen Parlaments ließe sich der Bürokratieabbau beschleunigen, so Ferber. „Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments stehen in ständigem Kontakt mit Bürgern, Unternehmen und Behörden in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und könnten so in kurzer Zeit geeignete Vorschläge machen“.

CDU/CSU-Gruppe stellt sieben Fraktionssprecher

LUTZ GOEPEL, INGE GRÄBLE, ALEXANDER RADWAN, GEORG JARZEMBOWSKI,
DORIS PACK, KLAUS-HEINER LEHNE UND MANFRED WEBER
KOORDINATOREN DER EVP-ED-FRAKTION

Die EVP-ED-Fraktion hat ihre Sprecher (Koordinatoren) in den Parlamentsausschüssen gewählt. Mit sieben Sprechern konnte die CDU/CSU-Gruppe ihre führende Position ausbauen.

„Wir freuen uns, dass unsere qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten das Vertrauen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion bekommen haben“, sagten der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Par-

lament, Werner Langen und Markus Ferber.

Die Ausschussarbeit der EVP-ED-Fraktion wird von folgenden Unionsabgeordneten geleitet: **Lutz Goepel** (CDU, Landwirtschaft), **Inge Gräßle** (CDU, Haushaltskontrolle), **Georg Jarzembowski** (CDU, Verkehr), **Klaus-Heiner Lehne** (CDU, Recht), **Doris Pack** (CDU, Kultur und Bildung), **Alexander Radwan** (CSU, Wirtschaft) und **Manfred Weber** (CSU, Justiz und Inneres). Die deutschen Christdemo-

kraten stellen zudem die stellvertretenden Sprecher in den Ausschüssen für Industrie, Forschung und Energie (**Herbert Reul**), Regionales (**Markus Pieper**), Binnenmarkt (**Andreas Schwab**) und Petition (**Rainer Wieland**, alle CDU).

„Die CDU/CSU-Gruppe wird weiterhin engagiert für den Erfolg der EVP-ED-Fraktion arbeiten. Die gewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments als demokratisch legitimierter Mitgesetzgeber der

EU verlangt harte Sacharbeit. Dem stellen wir uns. Europa muss den Menschen taugliche Lösungen anbieten. Nur dann kann es sein volles Gewicht entfalten“, so Langen und Ferber.

Weitere Informationen über die neu gewählten Koordinatoren finden Sie unter: www.cducusu.eu

sowie unter: www.evp-ed.eu

WEITER →

WERNER LANGEN:

Keine ideologischen Scheuklappen bei EU-Klimaschutzzielen

AUSSCHÖPFUNG DER EFFIZIENZPOTENTIALE UND VERNÜNFTIGER ENERGIEMIX

Für eine realistische EU-Klimaschutzpolitik hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, in Straßburg ausgesprochen. Langen sagte, es stehe außer Frage, dass angesichts des Klimawandels rasche Fortschritte bei der Senkung von Emissionen in allen Sektoren erforderlich sind.



Werner Langen MdEP

werb nicht durchsetzen und umsetzen können“, erklärte der Gruppenvorsitzende.

Langen bezeichnete die in der Parlamentsresolution zum Klimawandel genannte Zielvorgabe einer Reduzierung der Emissionen um 30 Prozent bis zum Jahre 2020 als sehr ambitioniert. „Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, sich selbst hohe Zielvorgaben zu machen, wenn man etwas

erreichen will. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass wir den Klimawandel nicht im Alleingang, sondern nur gemeinsam mit den expandierenden Schwellenländern wie China und Indien sowie mit den übrigen großen Industrienationen USA, Russland und Japan in den Griff bekommen können“, so der Vorsitzende weiter.

Klimawandel nicht im Alleingang zu bewältigen

Der CDU-Europaabgeordnete aus Rheinland-Pfalz warnte in diesem Zusammenhang zudem vor einer einseitigen Fokussierung allein auf den Verkehrssektor, selbst wenn dieser zu einem guten Viertel für die CO₂-Emissionen verantwortlich sei. „Wir

müssen alle Energiebereiche gleichermaßen berücksichtigen – gleichgültig, ob es sich um die Industrie, Privathaushalte oder den Verkehrssektor handelt“. Dazu gehörten nicht zuletzt die Ausschöpfung sämtlicher Effizienzpotentiale und der stetige Ausbau der erneuerbaren Energien im Rahmen eines vernünftigen Energiemixes unter Einschluss der Kernkraft. „Ideologische Grabenkämpfe sind hier deshalb fehl am Platz, wenn es darum gehen soll, ehrgeizige Klimaziele auch tatsächlich zu erreichen“, betonte Langen abschließend.

Weitere Informationen über Werner Langen finden Sie unter: www.wernerlangen.eu

WEITER →

Vorgaben müssen realistisch und bezahlbar bleiben

„Diese Vorgaben müssen aber realistisch sein und sie müssen vor allem bezahlbar bleiben. Deshalb bringt uns die Aufstellung von Maximalforderungen keinen Fortschritt, wenn wir diese im weltweiten Standortwettbewerb

GODELIEVE QUISTHOUDT-ROWOHL:

Für eine institutionelle Reform der WTO

1999 und 2003 scheiterten die Ministerkonferenzen in Seattle und Cancún; im vergangenen Sommer wurden die laufenden Welthandelsverhandlungen für unbestimmte Zeit unterbrochen. Diese Phase scheint nun zwar überwunden. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Welthandelsorganisation (WTO) in einer Krise befindet.

Wie konnte es dazu kommen? Dafür gibt es mehrere Gründe. Der Wirkungsbereich der WTO hat sich im Laufe der Zeit beträchtlich erweitert. Gleiches gilt für die Zahl ihrer Mitglieder. Handelsfragen haben allgemein an Bedeutung gewonnen. WTO-Verhandlungen stehen zunehmend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. An der institutionellen Struktur hat sich dagegen kaum etwas geändert. Einzige nen-



Godelieve Quisthoudt-Rowohl

nenswerte Ausnahme ist das verbesserte Streitbeilegungsverfahren. Die allzu vorsichtigen Reformvorschläge des von der WTO veranlassten und im vergangenen Jahr vorgelegten Sutherland-Berichts weisen keinen Ausweg aus dieser Lage. Es gilt, Entscheidungsfindungen zu erleichtern und die Transparenz der Verhandlungen zu erhöhen. Erreicht werden kann das durch die Einrichtung eines Exekutivgremiums in Anlehnung an den UN-Sicherheitsrat sowie einer ständigen Parlamentarischen Versammlung unter dem Dach der WTO. (...)

gen zu erhöhen. Erreicht werden kann das durch die Einrichtung eines Exekutivgremiums in Anlehnung an den UN-Sicherheitsrat sowie einer ständigen Parlamentarischen Versammlung unter dem Dach der WTO. (...)

Lesen Sie den vollständigen Text unter:
www.cducsu.eu/content/view/2563/32

WEITER →

EP fordert stärkeren Jugend- und Verbraucherschutz im TV

Wichtige Erfolge hat das Europäische Parlament in 1. Lesung bei der Überarbeitung der EU-Fernsehrichtlinie erreicht. Die Richtlinie wird zukünftig „Richtlinie für Audiovisuelle Mediendienste“ heißen, weil sie nicht nur für das traditionelle Fernsehen, sondern auch für die neuen Mediendienste (z.B. Abruf- oder Bezahl-Fernsehen) gelten wird und gemeinsame Mindeststandards für den Jugend- und Verbraucherschutz vorschreibt.

Jugendschutz ausbauen

Neben den gemeinsamen Grundregeln sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, auch in Zukunft strikere Re-

geln anwenden zu können, um die unterschiedlichen nationalen Jugendschutzregeln zu gewährleisten.

Werbeumfang nicht ausweiten

Es wird nicht mehr Werbung geben als bisher, es bleibt bei höchstens 12 Minuten Werbung pro Stunde. Die Regeln für die Einblendung von Werbung sollen aber liberalisiert werden, mit Ausnahme von Nachrichten und Kindersendungen. (...)

Lesen Sie den vollständigen Text unter:
www.cducsu.eu/content/view/2560/32

WEITER →

■ Abschlussbericht CIA-Ausschuss voller Vermutungen

Die Arbeiten des Europäischen Parlaments zu illegalen Gefangenentransporten der CIA bleiben bis zuletzt umstritten. Das Plenum verabschiedete in der letzten Sitzungswoche seinen Schlussbericht. „Zwar haben wir bekannte Fälle umfangreich dokumentiert. Aber eine Mehrheit von Grünen, Liberalen und Teilen der Sozialdemokraten haben objektive Ergebnisse durch Spekulationen sowie fach- und sachfremde Änderungsanträge verfälscht. Dies wird weder dem Auftrag noch der Arbeit des Ausschusses gerecht und dient ausschließlich einer billigen politischen Stimmungsmache“, sagte die CDU-Europaabgeordnete **Ewa Klamt**. Geheimgefängnisse der CIA in EU-Mitgliedstaaten kann der Ausschuss definitiv nicht belegen. „Für die systematische Existenz solcher Einrichtungen haben wir keine Beweise. Das sind die nackten Tatsachen. Alles andere sind Vermutungen und Verdachtsmomente, auf sie sich ein seriöser Abschlussbericht aber nicht stützen darf“, so die CDU-Europaabgeordnete.

■ Lage der Christen im Irak immer bedrohlicher

Als äußerst besorgniserregend hat der außenpolitische Sprecher der CSU-Europagruppe, **Bernd Posselt** die aktuelle Lage der christlichen Minderheit im Irak bezeichnet. Posselt appellierte deshalb vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg an die muslimische Bevölkerungsmehrheit, wieder an ihre mehr als tausend Jahre alte Tradition der Toleranz gegenüber den Christen im Irak anzuknüpfen: „Die Christen im Irak haben seit mehr als 1300 Jahren in einer überwiegend muslimischen Umgebung überlebt. Aber heute, in einer Zeit massiver westlicher Präsenz im Irak sind sie bedroht“. Posselt appellierte an die EU-Kommission, sich für den Schutz der Christen im Irak einzusetzen.

■ Aktionärsrechte können bald EU-weit ausgeübt werden

Die Rechte von Anteilseignern an Unternehmen werden künftig europaweit angeglichen. Das Europäische Parlament verabschiedete heute in erster Lesung einen Richtlinienvorschlag der Kommission. „Künftig können Aktionäre ihre Rechte grenzüberschreitend wahrnehmen. Das geschieht europaweit nach gleichen Standards“, sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, **Klaus-Heiner Lehne** (CDU).

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.